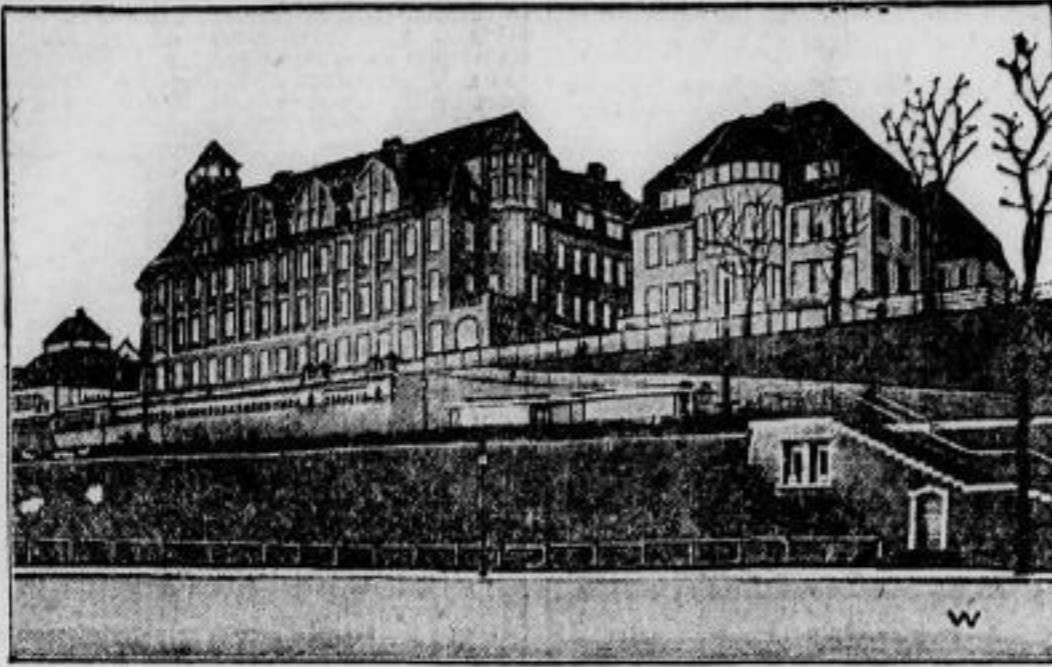


25 Jahre Institut für Schiffs- und Tropenkrankheiten.



Außensicht des Instituts.

Das Institut für Schiffs- und Tropenkrankheiten in Hamburg, das unter der Leitung des weltberühmten Bakteriologen Prof. Dr. Koch steht, kann auf eine 25jährige legendäre Tätigkeit zurückblicken. Trotz des vorläufigen Verlustes unserer Kolonien muß dieses Institut auch heute noch als eine kulturelle Notwendigkeit betrachtet werden, denn seine Leistungen auf dem Gebiete der Schiffsmedizin

bilden einen Hauptfaktor für die Hygiene der Hafenstädte und der Schiffsbesatzungen. Ueberdies befindet sich seit einigen Jahren ärztliche Emigration in verschiedenen tropischen Kolonien, wo sie, abgesehen von ihrer legendären medizinischen Tätigkeit, zur Aufrechterhaltung des Ansehens beitragen, das die deutsche Tropenmedizin in der ganzen Welt errungen hat.



Der Leiter des Instituts, Prof. Dr. Koch.

Was kommt nach Locarno?

Der Reichspräsident hat sich über das Ergebnis der Ministertagung in Locarno unterrichten lassen. Und die Reichsregierung hörte den Bericht der Hauptdelegationen. Sie hat den Entwürfen, wie sie Dr. Luther und Dr. Stresemann mitgebracht haben, zugestimmt. Das Grenzverhältnis der Reichsregierung war voraussehen. Nicht etwa weil das Ergebnis von Locarno alle deutschen Wünsche befriedigt, sondern weil es, nicht nur von den deutschen Vertretern, sondern auch von den Delegationen der anderen Mächte, nur als Basis für einen weiteren Aufbau angesehen wurde. Und nun sollen aus den Entwürfen endgültige Verträge werden. Vorläufig mag der Streit im deutschen Plattenlande noch hin und her. Vorläufig ist dieser Rechtsposten mit jenem Posten aus dem mittleren Lager noch nicht über die Konsequenzen von Locarno einig geworden. Aber die Reichsregierung hat ihren Beschluß mit vollem Verantwortungsbewußtsein gefaßt. Der Reichsregierung gehören Minister von der deutschen Nationalen Volkspartei bis zu den Demokraten an. Und an den Koalitionsmministern wird es liegen, die Koalitionsparteien für ihren Beschluß zu gewinnen.

Selbstverständlich ist das nur unter Voraussetzungen möglich. Chamberlain und Painlevé haben sich gestern mittag beim Frühstück über die Räumung der Kölner Zone unterhalten. Ganz zwanglos war die Unterhaltung. Aber wir sind es von Locarno her gewöhnt, daß gerade aus zwanglosen Unterhaltungen die bedeutendsten Folgen entstehen können. Es ist ja nicht nur die Räumung Kölns, um die deutsche Gemüter beunruhigt sind. Das deutsche Volk hat ein Recht darauf, daß die erste Rheinlandzone so schnell wie möglich geräumt wird, auch ohne daß die Abmachungen von Locarno vorausgehen müßten. Doch was wird aus den Besatzungstruppen, die aus Köln zurückgezogen werden? Bleiben sie in der zweiten und dritten Zone, und wird die Entlastung Kölns etwa Befestigung für das übrige besetzte Gebiet? Herr Briand hat versichert, daß Deutschland den guten Willen Frankreichs nicht in Worten, sondern in Taten erkennen würde. Es wird an der französischen Regierung liegen, das Versprechen Briands wahr zu machen. 20000 Mann sind für Köln erst aus dem besetzten rheinischen Gebiet herausgezogen und nach dem Kriegsschauplatz in Marokko geworfen worden. Die Familienangehörigen der farbigen Offiziere und Unteroffiziere sind im besetzten Gebiet geblieben. Die Wohnungen und die Kasernen werden für die farbigen Truppen weiter drei gehalten. Bedeuten diese Maßnahmen, daß Frankreich mit der Wiederkehr seiner Kolonialtruppen rechnen?

Die zivilen Maßnahmen der Besatzungsbehörden haben sich noch im letzten halben Jahre zur Wiederherstellung jeder freien deutschen Meinungsäußerung ausgewachsen. Hier muß gründlich Wandel geschaffen werden. Ausgeschlossen, daß jemals wieder farbige Truppen in das Rheinland kommen! Ausgeschlossen, daß die Besatzung stärker ist, als sie der Friedensvertrag von Versailles vorschreibt! Ausgeschlossen ferner, daß das Besatzungsregime, zum gerichtlichen und förmlichen Rechtssystem für deutsche Staatsbürger, in dem gegenwärtigen Umfang bestehen bleibt. Hier werden zuerst die Bemühungen Briands und seiner Ministerkollegen einleiten müssen. In dieser Frage wird das deutsche Volk, wird der deutsche Reichstag den guten Willen Frankreichs erkennen wollen.

In Nizza ist der radikalsozialistische Parteitag beendet worden. Painlevé und Herriot haben sich begeistert in den Armen gelegen. Caillaux saß betäubt im Schmollwinkel. Jrgendwo, nicht gesehen von der Versammlung, lachte Poincaré. Kein Zweifel, Painlevé und Briand sind guten Willens. Aber gerade dieser Parteitag hat bewiesen, wie locker doch eigentlich ihre Gefolgschaft in Frankreich zusammenhängt. Trotz der wunderschönen Resolutionen der französischen Liga für Menschenrechte und trotz der begeisterten Dankesadressen und Sympathiebekundungen der deutschen Sozialisten. Die Trennung zwischen Radikalsozialisten und Sozialisten in Frankreich läßt sich nur durch einen Gewaltstreik vermeiden. Der Gewaltstreik ist die Entfernung des Finanzministers Caillaux aus dem Kabinett, der noch vor kurzem das „Postamt“ und jetzt das „Kreuzigt ihn“ seiner Parteihänger hören mußte. Radikale, wie Sozialdemokraten, wollen die Kapitalabgabe, deren Einführung sich Caillaux zum Prinzip gemacht hat. Bleibt Caillaux, den Poincaré zu halten bemüht ist, dann fällt der Linksbund auseinander. Und Poincaré hat zu Recht triumphiert. Was wird dann aus Locarno?

Es wird, hoffen wir, anders werden. Painlevé wird sich besinnen und Caillaux gehen lassen. An seine Stelle dürfte Loucheur treten. Damit wäre das Kabinett Painlevé vorläufig gesichert, Briand könnte an seiner Arbeit fortfahren. Und das deutsche Volk und der deutsche Reichstag könnten vielleicht doch schon in den nächsten

14 Tagen etwas davon merken, daß die Medien in Locarno nicht in den Wind gehalten worden sind.

So ist im Augenblick die französische Opposition den Entwürfen von Locarno gefährlicher als die deutsche. Es ist schon aus diesem Grunde vollkommen überflüssig, über die Gründe ein Wort zu verlieren, an denen eventuell die Ratifizierung der Verträge scheitern sollte. Man kann deshalb weiter nichts tun, als abwarten, wie sich die Dinge am Rhein entwickeln. Die Entwicklung dort ist der Spiegel der Entwicklung in Paris. Und diese Entwicklung wiederum ist letzten Endes für das Maßgebende, was der deutsche Reichstag tun wird. Waren wir also ab.

Die Bedeutung des Vertrages von Locarno.

11 Berlin. Auf die Paraphierung des Vertragswertes zur Befriedung Europas in Locarno wird bald als zweite Etappe die Unterzeichnung in London folgen. Ihr wird sich die Ratifizierung der gelegenden Instanzen anschließen und die letzte Etappe ist die Inkraftsetzung des Vertragswertes durch den Beitritt Deutschlands zum Völkerbund. Die Auswirkungen des grundsätzlich veränderten Verhältnisses zwischen Deutschland und seinen Vertragspartnern, die aus nachfolgenden Kompetenzen, und psychologischen Gründen von der Initiative der Gegenseite ausgehen sollen, sind in aller Kürze zu erwarten. Ausdrücklich ist dabei von deutscher Seite die Frage der ersten Rheinlandzone angenommen worden, deren Vereinfachung als Selbstverständlichkeit, nicht als Rückwirkung des Vattabschlusses zu gelten hat und nächster Tage durch wechselseitige Erklärungen erfolgen dürfte. Es würde die ideale Bedeutung des Vertrages verfeinert haben, wenn die als freiwillig gedachten Leistungen, über deren Notwendigkeit sich bei den Verhandlungen kein wie immer gearteter prinzipieller Widerpruch ergeben hat, als von Deutschland erlangt und ausgehandelt Konzeptionen betrachtet würden. Das es Ernst wird mit ihrer Erledigung, in der kürzest technisch möglichen Zeit, ergibt sich daraus, daß der englische Außenminister Chamberlain zur Weiterbehandlung dieser Frage mit Painlevé in Gesellschaft Briands nach Paris gereist ist und daß der Oberkommandant im Rheinland Tirard und der Oberkommandierende General Guillaumat ebenfalls nach Paris gebeten worden sind.

Dank des Bundespräsidenten.

11 Bern. Der Bundespräsident hat im Namen des ganzen Bundesrats an den deutschen Reichskanzler in einem herzlich gehaltenen Telegramm den Dank für das „äußerst liebenswürdige Telegramm“ des Reichskanzlers ausgesprochen und seiner Freude Ausdruck gegeben, daß der Name Locarno mit dem bedeutungsvollen Friedenswerke für immer verbunden worden ist.

Briand über den Vertrag von Locarno.

Paris. (Funkspruch.) Briand erklärte gestern abend französischen Journalisten über die gestern nachmittag geführte Unterredung zwischen Painlevé, Chamberlain und Briand: Wir haben uns über die Folgerungen, die man aus dem Vertrage von Locarno ziehen muß, unterhalten. Was die Umgruppierung der Truppen im Rheinland betrifft, so wird es Hauptaufgabe der Londoner Konferenz sein, sich damit zu beschäftigen. In Wirklichkeit haben wir den französischen Ministerpräsidenten genau darüber in Kenntnis gesetzt, was in Locarno geschehen ist. Niemand in Frankreich kann jetzt behaupten, die französische Grenze sei nicht gesichert. Frankreich hat in Locarno keines seiner Rechte aufgegeben. Wir können die Verhandlungen, die zu Ende geführt wurden, als solche bezeichnen, die eine wichtige Förderung des Weltfriedens bringen werden.

Chamberlain über Locarno.

11 Paris. Staatssekretär Chamberlain empfing gestern abend die Vertreter der englischen, der amerikanischen und der französischen Presse in der englischen Botschaft. Er erklärte u. a., er sei sehr überrascht, daß die Abmachungen von Locarno einen Wendepunkt zum Frieden in Europa darstellten, er möchte sogar sagen, für den Frieden der ganzen Welt. Chamberlain würdigte die von der deutschen Regierung ausgegangene Initiative als eine Tat hohen Ranks und großer Weisheit und sollte der Anteilnahme der deutschen Regierung und besonders des deutschen Reichskanzlers und des Reichsaußenministers hohe Anerkennung.

Der Kampf um Lohn und Brot.

11 Königsberg. Der seit geraumer Zeit im ostpreussischen Baugewerbe andauernde Lohnkonflikt ist nunmehr beigelegt worden, nachdem in erneuten gemeinsamen Verhandlungen ein Spitzenlohn von 96 Pfg. für Facharbeiter und von 82 Pfg. für Hilfsarbeiter in Königsberg, für die übrige Provinz mit entsprechenden Abschlägen, vereinbart worden war.

11 Frankfurt a. Main. Die Bahnbau- und Werkstättenarbeiter sind gestern zum Dienst erschienen, während das Fahrpersonal geschlossen streikt. Gekern ist eine Anzahl Automobillinien eingerichtet worden. Die Eisenbahnverwaltung hat eine Anzahl neuer Lüge eingelegt. Zu Einigungsverhandlungen ist es bisher noch nicht gekommen.

11 Berlin. Nach den vorliegenden Abstimmungsresultaten aus dem größten Teile der Berliner Gaswerke haben sich über 90 Prozent der Arbeiter gegen den Streik ausgesprochen: dieser Beschluß bedeutet jedoch noch nicht den sofortigen Beginn des Streiks, da Aussicht besteht, daß neue Lohnverhandlungen zustande kommen.

Nieterbau und Wohnungsbau.

11 Berlin. Der Bundesrat des Reichsbundes Deutscher Mieter C. V. Berlin, tagte bei Anwesenheit der Vertreter von 21 Landesverbänden in Magdeburg. Die Schaffung der Deutschen Mieterbank und die Gründung einer gemeinnützigen Wohnbauunternehmensgesellschaft wurde mit einer überwältigenden Mehrheit beschlossen. Eine große Zahl von Bezirksstellen und Zählstellen ist bereits eingerichtet worden. Eine Reihe von Bauvorhaben ist in Vorbereitung. Eine Denkschrift zu der geplanten Forderung des Mieterschutzgesetzes wurde von H. H. Dr. Kögel-Berlin erläutert und von der Versammlung gutgeheißen. Gegen den Abbau des Mieterschutzgesetzes sollen die erforderlichen Maßnahmen getroffen werden. Entrüstung und energisches Protest rief der preussische Erbherr über die Unterbringung obdachloser Mieter hervor. Die von über 40 Delegierten beschlossene Tagung setzte den einmütigen Willen, das Interesse der deutschen Mieterschaft auch weiterhin entsprechend wahrzunehmen.

Nach Stinnes und Stumm der Rahn-Konzern.

11 Berlin. Der Richard Rahn-Konzern, der zurzeit etwa 7000 Arbeiter und Angehörige beschäftigt und namentlich auch Maschinen für die Landwirtschaft herstellt, ist in finanzielle Schwierigkeiten geraten. Es handelt sich aber mehr um eine momentane Illiquidität als etwa um ernsthaft materielle Sorgen. Denn selbst unter Berücksichtigung der unangünstigen Umstände der Vermögensüberprüfung des Rahn-Konzerns noch ein günstiges Bild dar, ca. 63 Millionen Aktiva haben 30 Millionen Passiva gegenüber. Der Konzern, der als innerlich durchaus gesund angesehen wird, findet die Unterstützung der Landwirtschaft insofern, als seine Fabrikate einen so guten Namen in der Landwirtschaft haben, daß das Ministerium für Ernährung und Landwirtschaft von den zehn-Millionen-Kredit, der der Landwirtschaft zur Beschaffung von Motorpflügen gegeben wurde, 2 1/2 Millionen dem Rahn-Konzern als Tranche zur Verfügung stellen will. In interessierten Bankkreisen, die dem Konzern helfen werden, hofft man, daß die Schwierigkeiten des Rahn-Konzerns in kurzer Zeit aus dem Wege geräumt sein werden.

Tagung des Seewasserstraßenbeirats.

11 Bremen. Am Sitzungssaal der Bremer Handelskammer trat unter Vorsitz des Ministerialdirektors Währe der Seewasserstraßenbeirat zu seiner ersten Sitzung zusammen. Der Vorsitzende betonte, daß die Reichs-Seewasserstraßenverwaltung sich wohl bemüht sei, welche wichtigen Aufgaben sie mit der Uebertragung der verkehrswichtigen Wasserstraßen übernommen habe. Von besonderer Bedeutung seien die Seewasserstraßen, die in einem solchen Zustande erhalten werden müßten, daß sie die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands auf dem Weltmarkt sicherten. Auch die Frage der Seezonen und des Lotenwesens, die für die Sicherheit der Seeschifffahrt von großer Bedeutung ist, beschäftigten die Verwaltung auf das ergiebigste. Die Verwaltung habe im Rahmen der ihr zur Verfügung stehenden Mittel alles getan, um die ihrer Obhut anvertrauten Wasserstraßen wieder in einen guten Zustand zu bringen. Der Seewasserstraßenbeirat habe die wichtige Aufgabe, die Verwaltung bei Erfüllung ihrer Aufgabe mit sachverständigem Rat zu unterstützen.

Der Berliner Aufenthalt des Botschafters von Doeh.

11 Berlin. Wie wir erfahren, wird der gegenwärtig in Berlin weilende deutsche Botschafter in Paris, Dr. v. Doeh, bei den gegenwärtigen Beratungen des Reichskabinetts eine ziemlich wichtige Mission übernehmen. Es ist in erster Linie Aufgabe des Botschafters, auf Grund seiner Pariser Eindrücke über die künftige Gestaltung der Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich sowie über den gegenwärtigen Charakter der französischen Außenpolitik zu berichten. Aus seinen Mitteilungen wird man vor allen Dingen feststellen versuchen, ob die französische Politik